

Während die Kapplien noch immer ungestraft herumlaufen während die verbrecherische Kahrregierung das ganze Reich an der Hand des Abgrundes bringen konnte, wird hier über Arbeiter mit aller Strenge zu Gericht gefahren, die in ihrem guten Glauben Handlungen begingen, die im Verhältnis zu den Taten der Reaktionäre eher den Stoff zu einem Lustspiel als zu einer Justizaktion geben sollten.

Auch die Gerechtigkeit der neuen deutschen Politik hat für das Bürgertum die Amnestie, für die Arbeiterschaft Gefängnis und Zuchthaus.

### Bela Kun, der Zerförer.

Die Angabe des Staatskommissars Weismann vor dem Untersuchungsamt des preussischen Landtags, daß Bela Kun der „Türkstaner“ war, der den Märzputsch der Kommunisten auf dem Gewissen hat, gewann von vornherein eine gewisse Wahrscheinlichkeit, weil Bela Kun bekanntlich mit Thalheimer auf dem Moskauer internationalen Kommunistenkongreß die berichtigten abgelehnten Thesen über die Offensivtheorie einbrachte, die den Märzputsch rechtfertigen sollten. Das Verhalten der kommunistischen Kreise zu der Behauptung des Staatskommissars läßt diese Wahrscheinlichkeit jetzt zur Gewißheit werden. Bela Kun hat sich demnach in zwei Fällen als gründlicher Zerförer erwiesen — er hat die kommunistische Bewegung in Ungarn und in Deutschland in den Abgrund geführt und hat überdies, was noch viel schlimmer ist, die Arbeiterbewegung und die Demokratie in Ungarn auf lange Zeit in Ohnmacht und Stille gesetzt und dem arbeitenden Volke Ungarns die Hölle des Horthyterrors gebracht. Wenn ihm in Deutschland nicht die Unabhängige Sozialdemokratie und die Rechtssozialisten Halt geboten hätten, er hätte in Deutschland daselbst graufige Resultate erzielt.

### Waterlandsverräter und Schieber.

Karlsruhe, 24. September. Der badische Landtag verhandelte gestern die deutschnationalen Interpellationen über das Verbot der Süddeutschen Zeitung, das Verbot von Regimentsfesten und über die Ausschreitungen im Anschluß an die sozialdemokratische Demonstration in Heidelberg nach der Ermordung Erzbergers. Staatspräsident Trunt verteidigte zunächst in ruhiger Weise die Stellungnahme der badischen Regierung. Mithin aber wurde er von einer starken Erregung erfaßt und betonte, es gebe nicht nur links, sondern auch rechts Volkshemden, wobei er mit der Faust auf den Tisch schlug. Die Deutschnationalen antworteten mit Worten wie Unverschämtheit! und andern Ausdrücken gegen die Regierungsbank. In dem nun entstehenden Tumult fielen Ausdrücke wie: Waterlandsverräter! Schieber usw. Erst nach längerer Zeit trat wieder Ruhe ein.

Verleumdungen, Befeldigungen, Mord und andere Gewaltmittel sind die Waffen, mit denen Deutschnationalen ihre idealen Waterlandsziele zu erreichen trachten. Wehe dem arbeitenden Volke, wenn diese entarteten Gewaltmenschen in Deutschland die politische Gewalt je wieder in die Hände bekommen.

### Der Kampf gegen links.

Berlin, 24. September. Ein Erlaß des Ministers des Innern an den Polizeipräsidenten von Berlin, der sich mit der Bekämpfung der Landfriedensbrüche in der Umgebung von Berlin beschäftigt, wird amtlich veröffentlicht. In der Einleitung weist Minister Dr. Dominicus darauf hin, daß nach der Interpretation der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August es nicht zulässig ist, Versammlungen und Feiern nur aus dem Grunde zu verbieten, weil sie politisch anders gerichteten Volksteilen Anlaß geben könnten, sie zu stören. In dem Erlaß heißt es wörtlich: „Diese Veranstaltungen genießen den Schutz der Gesetzgebung, und die Teilnehmer haben Anspruch darauf, daß die Behörden, insbesondere die Polizei, gewaltfreie Beeinträchtigungen der versammlungsmäßigen Vereins- und Versammlungsfreiheit mit allen Mitteln verhindern.“

Wie steht es nun aber mit dem Kampfe nach rechts? Davon hört und sieht man nichts; besonders hört man nichts davon, daß gegen die Propaganden der rechtssozialistischen Konterrevolutionäre eingeschritten würde, die mit ihren Veranstaltungen eine Verhöhnung und Untergrabung der Republik betreiben.

### Südung einer Nationalistenversammlung.

Die Stinnesche Telegraphen-Union berichtet aus Mülheim am Rhein: In schweren Tumulten kam es am Freitagabend in einer Versammlung des Vereins für das Deutschtum im Ausland, in der Admiral Scheer über Marine und Völkerehre sprach. Der Vortrag des Admirals wurde namentlich am Anfang und am Schluß, von Kommunisten andauernd durch Zurufe gestört. Als nach Beendigung des Vortrags noch ein anderer Redner sprechen wollte, stimmten die Kommunisten die Internationale an, während die Vereinsmitglieder das Lied: Deutschland über alles sangen. Beim Verlassen des Saals ereigneten sich überall Zusammenstöße. Die Kommunisten, meist junge Burschen, stürmten in Stöße von etwa 20 Mann den Saal und schlugen mit Säulen und Stöcken auf Frauen und Männer ein. Ein junger Mann wurde schwerverletzt weggetragen. Die Polizei nahm eine Reihe von Verhaftungen vor.

### Verbot eines nationalistischen Heftblattes.

Magdeburg, 23. September. (U.) Die Mitteldeutsche Presse (Staatsrufer Tagesblatt) ist wegen zweier Artikel Der letzte Akt und Eine total blamierte Regierung auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten für die Zeit vom 22. bis 30. September verboten worden. Das Staatsrufer Blatt ist ein nationalpolitisches Heftblatt beliebiger Sorte, das an der Hege gegen die Republik und die Reichsregierung in ganz hervorragender Weise beteiligt war.

### Deutschland und Rußland.

Frankfurt a. M., 23. September. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Riga: Der Vorsitzende des allrussischen Zentralen Volkskongresses, Kallinin, empfing in Moskau den Vertreter Deutschlands, Wiedenfeldt, der seine Vollmachten überreichte, wobei er die Genugtuung darüber ausdrückte, daß die deutsch-russischen Beziehungen nun einen offiziellen Charakter annehmen. Die Deutsche Regierung sei überzeugt, daß beide Staaten künftig zusammengehen und die lebhaftesten Beziehungen zwischen dem russischen und dem deutschen Volke erfreuliche Resultate zeitigen werden. Kallinin erwiderte, daß Rußland und die Deutschen hätten immer gemeinsame Interessen gehabt. Künftig sei ein noch engeres Verhältnis erwünscht. Die Vereinigung des technischen Wissens und der Organisationsfähigkeit Deutschlands mit den russischen Naturwissenschaften werde für beide Teile segensreich sein.

Die Räteregierung werde alles zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland tun. Die russische Regierung zweifelt nicht, daß Deutschland ein gleiches beabsichtige.

### Die Ratifikation der Friedensverträge gesichert?

Washington, 23. September. Der Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten hat über den deutschen, den österreichischen und den ungarischen Friedensvertrag einen günstigen Bericht erstattet. Senator Borah ist das einzige Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, das gegen die Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn gestimmt hat.

Washington, 24. Sept. (U.) Nach der Verhandlung der Senatskommission hat der Senator Lodge den Staatssekretär Hughes aufgesucht und diesem versichert, daß die Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn durch den Senat ratifiziert werden.

### Verhandlungen über die Rückzahlung der holländischen Kredite.

Berlin, 24. September. Wie der Berliner Lokalanzeiger erfährt, sind erfolgversprechende Verhandlungen im Gange, um eine Hinausschiebung des Fälligkeitstermins der von Holland durch Vermittlung von Mendelssohn der Reichsbank gewährten Kredite zu erreichen. Diese Verhandlungen bewegen sich im Rahmen der Besprechungen, die eine weitere Entwertung der Mark verhindern sollen.

### Die Mandatsfrage vor der Völkerbundsversammlung.

Genf, 24. September. (U.) Die Freitagssitzung der Völkerbundsversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit den deutschen Kolonien. Ransien erstattete Bericht der Kommission über die Mandatsfrage. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die durch Americas Sondervergehen entstanden. Die Zuteilung der Kolonien ist Sache des Obersten Rates, nicht des Völkerbundes. Dieser habe sich nur um die Ausübung der Mandate zu kümmern. Es wird zunächst empfohlen, wenigstens die Anwendung des Mandatsystems auf die deutschen Kolonien durchzuführen. Der Vertreter von Haiti sprach den Wunsch aus, einem Schwarzen in der Kommission zur Prüfung der Mandate Mitglied werden zu lassen. — Die Versammlung nahm die Vorschläge der Kommission, die auf eine rasche Erledigung der Mandatsangelegenheit drängen, einstimmig an.

### Die Abrüstungskomödie.

Genf, 23. September. Bei der Besprechung des Berichts der gemischten temporären Kommission über die Abrüstungsbeschränkungen schlug Lord Robert Cecil (Südafrika) heute die Einberufung einer Konferenz über die private Waffenfabrikation vor. Er beantragte, die Konferenz im Juni nächsten Jahres abzuhalten. Renault (Frankreich) und Fisher (England) erklärten die Festlegung eines Datums für unmöglich, solange nicht die Ergebnisse der Washingtoner Konferenz vorlägen. Lord Robert Cecil behauptete jedoch eine Auffassung, die eine Völkerbundskonferenz von der Haltung der Vereinigten Staaten abhängig mache. Sein Antrag wurde jedoch abgelehnt. Dafür wurde ein Vermittlungsantrag von Schaner (Italien) angenommen, der den Rat auffordert, alle Völkerbundmitglieder und auch die an der Frage interessierten Nichtmitglieder zu einer internationalen Konferenz über die private Waffen- und Munitionsfabrikation und den Waffen- und Munitionshandel einzuladen. Das Datum der Konferenz soll so bald wie möglich vom Völkerbundsrat festgestellt werden, und zwar möglichst vor der nächsten Völkerbundtagung.

Konferenzen über Konferenzen, und inzwischen gehen die Rüstungen zu Wasser, zu Lande und in der Luft ungestört weiter! Aufnahme der baltischen Staaten in den Völkerbund.

Genf, 22. September. Estland, Lettland und Litauen sind mit Zweidrittel-Mehrheit in den Völkerbund aufgenommen worden.

### Die englische Regierung und das Arbeitslosenproblem.

London, 24. September. Lord George erörtere mit den Londoner Bürgermeistern, die ihn in Gairloch aufgesucht hatten, die Arbeitslosenfrage. Er hob nachdrücklich hervor, daß die zentrale Regierung die Lasten nicht allein auf ihre Schultern nehmen könne und daß ein Zusammenwirken zwischen der Regierung, den baltischen Behörden, den Unternehmern und der organisierten Arbeiterschaft wesentlich sei. Das Parlament müsse ebenfalls befragt werden. Wenn es zusammenrete, werde er eine Erklärung über das gesamte Arbeitslosenproblem abgeben. — In einer Rede in Dundee erwähnte Churchill, daß die Regierung seit dem Waffenstillstand über 105 Millionen Pfund Sterling ausgegeben habe, um das durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Elend zu lindern. Dies sei die gewaltigste Hilfeleistung, die je von einem Lande der Welt gewährt worden sei. Amerika sei hinsichtlich der Arbeitslosenfrage in unendlich viel schlechterer Lage. Wenn es weniger Streiks gegeben hätte, würde das Land besser dran sein und seine Fähigkeit, das Elend zu mildern, würde viel größer sein.

In einer veröffentlichten Kundgebung des parlamentarischen Ausschusses und des Gewerkschaftskongresses über die Arbeitslosenfrage wird das Arbeitslosenproblem als nationales Problem bezeichnet, das auf allgemein nationaler Grundlage behandelt werden müsse.

London, 24. September. (U.) In der Verhandlung, die Lord George mit den Bürgermeistern hatte, fielen auch die Fragen erörtert worden sein, wegen deren die dreißig Gemeindevorsteher von Poplar verhaftet worden sind. — Zwei Gemeinderäte aus der Umgebung von London haben sich nach dem Vorgehen von Poplar gewandt, einzelne der Steuern im Betrage von 120 000 Pfund Sterling einzutreiben.

### Die Sowjetregierung lehnt das polnische Ultimatum ab.

O. E. Warschau, 21. September. Die Sowjetregierung hat ihre Antwort auf die befristete polnische Forderung vom 14. September überreichen lassen, in welcher unter Drohung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen von der russischen Sowjetregierung verlangt worden war, bis zum 1. Oktober mit der Reevaluation des polnischen Eintrags und mit der Heimbeförderung der polnischen Gefangenen zu beizugehen. In ihrer Antwort verlangt die Sowjetregierung, daß zu demselben Termin auch ihre Forderungen über die Neutralisation der Sowjetischen Grenzstationen und der andern Bänder, die die russische Grenze überschreiten und den Getreidetransport verhindern, erfüllt werden. Solange die polnische Regierung diese Forderungen ablehnt, lehnt auch die Sowjetregierung das polnische Ultimatum vom 14. September ab.

Ferner hat der sowjetrussische Gesandte in Warschau Karahan der polnischen Regierung eine Erwiderung auf ihre letzte Note übergeben. In der die polnische Regierung die Unterlegung der Behauptung der Unmöglichkeit über die Unterlegung Sowintows durch polnische Behörden für erfüllt erklärt. Karahan drückt sein Bedauern darüber aus, daß die polnische Regierung ohne Unterlegung eine solche Behauptung aufstelle und verlangt die Eröffnung eines reineren Untersuchungsverfahrens.

gegen die Beschlüsse. Die Sowjetregierung erklärt sich bereit, dabei ihre Belone der polnischen Regierung zur Verfügung zu stellen und alle erforderlichen Angaben zu machen.

### Um die Aufhebung der Sanktionen.

London, 24. September. Reuters vernimmt, daß die Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland bezüglich der Termine, an denen die wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben werden sollen, noch andauern. Einige Mißverständnisse haben die deutsche Regierung schon aufgeföhrt. Obwohl noch einige technische Einwände der Regelung harren, besteht kein Zweifel, daß bald ein Weg gefunden werden würde, um die Entscheidung des Obersten Rates vom letzten Monat durchzuführen, daß die wirtschaftlichen Sanktionen durch Währungsfragen gegen eine unterschiedliche Behauptung der Untertanen der Alliierten ersetzt werden sollen.

### Erneute Verschleppung der Entscheidung über Oberschlesien?

Paris, 23. September. Der Genfer Sonderberichterstatter der Information berichtet seinem Blatte, die Konferenz zur Regelung der überschlesischen Frage habe bis in die jüngsten Tage einen gewissen Optimismus zur Schau gezeigt, und von einer gutunterrichteten Persönlichkeit sei eine baldige Lösung der überschlesischen Frage in Aussicht gestellt worden. Gestern habe ein neues Ereignis den fast gelungenen Plan zerstört. Der Berichterstatter fragt, ob es sich um einen Sachverständigenbericht oder um eine Note der englischen Regierung handle, die den Beschluß den zu fassen man im Begriff gewesen sei, wieder hinauf zu machen habe. Er hoffe, daß man das bald erfahren werde. Jedenfalls sei die Lösung der Frage aufgeschoben.

### Prozess gegen Jagow und Wangenheim im Oktober.

Wie dem Berliner Lokalanzeiger gemeldet wird, soll die Verhandlung gegen v. Jagow und Wangenheim im Oktober in der Zerstörung während des Kapp-Putschs voraussichtlich Mitte Oktober vor dem Reichsgericht beginnen. — Zeit wird es, nach anderthalb Jahren!

### Zur Explosionskatastrophe in Oppau 400 bis 500 Tote.

Ludwigshafen, 21. September. Wie die Direktion der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik mitteilt, beträgt die Zahl der Toten nach den letzten Feststellungen zwischen 400 und 500.

Ludwigshafen, 23. September. (U.) Die Stadtverwaltung gab am Freitag den Zeitungen die erste amtliche Totenliste bekannt. Sie umfasst 120 Namen. Die Beerdigung der Toten hat Freitagmorgen um 9 Uhr begonnen und wird voraussichtlich den ganzen Tag in Anspruch nehmen. Es werden die Opfer beigesetzt, deren Identität von ihren Angehörigen einwandfrei festgestellt werden konnte. Die übrigen Toten bleiben solange aufgebahrt, bis ihre Persönlichkeit von ihren Angehörigen festgestellt ist. Samstagmorgen findet eine allgemeine Trauerfeier auf dem Friedhofe statt. Gegenwärtig weilt der bairische Minister Goswald und der Regierungspräsident von Speyer an der Unglücksstelle.

### Noch Lebende unter den Trümmern?

Mannheim, 24. September. (U.) Freitagabend wurde ein Arbeiter noch lebend ausgegraben, der erklärte, wenn man weitergrabe, fände man noch in den sechs bis sieben Meter tiefen Kellern ein große Anzahl Verschütteter.

### Ein neues Explosionsunglück.

Karlsruhe, 24. September. (U.) Durch eine Explosion ist in den Altkorn-Werken bei Kleinfachsenberg die Muffstation vollständig zerstört worden. Mehrere Arbeiter wurden getötet. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich. Durch die Explosion wurde die Starkstromleitung nach Mühlhausen im Elß zerstört.

### Von Nah und Fern.

Ein 13-jähriger Vatermörder.

Marionwerder, 24. September. Vor einiger Zeit wurde der Befehl Jabel mit einer Hotkotte erschlagen aufgefunden. Kriminalbeamte haben jetzt den dreizehnjährigen Sohn des Ermordeten als Täter ermittelt.

Abgeklärte Flieger.

Kopenhagen, 23. September. Auf dem Flugplatz bei Næstved ereignete sich heute nachmittags ein schweres Fliegerunglück. Bald nach dem Ausfliegen eines Flugzeuges, in dem sich zwei Fliegeroffiziere befanden, explodierte der Motor und das Flugzeug stürzte, in Flammen gehüllt, zu Boden. Beide Offiziere waren tot; ihre Leichen wurden verlohrt unter dem brennenden Flugzeug hervorgezogen.

Verfallenes, 24. September. (U.) Der französische Flieger de Romant ist aus einer Höhe von 200 Meter tödlich abgestürzt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Walter Freitag in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Biller, Vordorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei-Verlagsanstalt, Leipzig

**Wiel Geld waren Frauen, die ihre Kleidung nach mit Bayer-Schmitzen selbst arbeiten. Die Profrate des laufenden Monats enthält auf der Rückseite einen Gutschein, der beim Einkauf von Bayer-Schmitzen in der Verkaufsstelle Neumarkt 21 (Dresdener Hof) in Zahlung genommen wird.**

## DUNLOP

### Gummibereifung

**Die Weltmarke bürgt für Qualität!**

---

**Mehl! Werners Elbe-Mehl!** (Leinsten Weizen-Mehl, Auszug-Qualität, ist das Beste.)

Diese Nummer umfaßt 20 Seiten.